

Die Moskauer Entscheidung über den Tschetschenien-Krieg - Abläufe, Motive, Akteure - (I): Verengung von Entscheidungsalternativen und Entscheidungsmotive

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1995). *Die Moskauer Entscheidung über den Tschetschenien-Krieg - Abläufe, Motive, Akteure - (I): Verengung von Entscheidungsalternativen und Entscheidungsmotive*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 18/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45414>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Moskauer Entscheidung über den Tschetschenien-Krieg - Abläufe, Motive, Akteure -

Teil I: Verengung von Entscheidungsalternativen und Entscheidungsmotive

Zusammenfassung

In Moskau wurden 1994 zwei Richtungen in der russischen Tschetschenienpolitik verfolgt: Die eine Richtung vertrat der Nationalitätenminister und Stellvertretende Regierungschef Sergej Schachraj, der den Abschluß eines russisch-tschetschenischen Vertrages nach dem Muster der Verträge Rußlands mit Tatarstan und Baschkortostan anstrebte unter der Voraussetzung, daß in Tschetschenien freie Wahlen zu allen obersten Staatsorganen abgehalten werden und Moskau Gespräche mit allen politischen Kräften Tschetscheniens führt. Die andere Richtung wurde vom Vorsitzenden des Föderationsrates - in dieser Parlamentskammer sind Föderationssubjekte vertreten - Wladimir Schumejko verfolgt, der eine Sonderbehandlung Tschetscheniens ablehnte. Der tschetschenische Präsident Dschochar Dudajew sollte den Föderationsvertrag von 1992 unterzeichnen, nachdem Moskau zuvor seine Wahl zum Präsidenten 1991 als rechtmäßig anerkannt hat. Mit der Entlassung Schachrajs als Nationalitätenminister und der Berufung von Nikolaj Jegorow zu seinem Nachfolger durch Präsident Boris Jelzin im Mai 1994 wurde die Verhandlungsoption immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Das Hauptmotiv für die militärische Invasion in Tschetschenien war die Präsidentschaftswahl 1996. Jelzin wollte in Grosnyj ein Exempel statuieren und sich als entschlossener Führer erweisen, um wiedergewählt zu werden.

Unbeschadet der Tatsache, daß die Sezession Tschetscheniens am 1. November 1991 von der UdSSR und der RSFSR verfassungsrechtlich und völkerrechtlich unwirksam war¹, stellt sich die Frage, ob die militärische Invasion zwingend notwendig war, welche Motive der Invasion zugrunde lagen, ob der Entscheidungsprozeß nach demokratisch-rechtsstaatlichen Regeln ablief, ob der Armee-Einsatz überhaupt mit der Verfassung übereinstimmt und ob nicht internationale Abkommen verletzt worden sind.

Verengung von Entscheidungsalternativen

1994 wurden zwei Richtungen in der russischen Nationalitätenpolitik verfolgt. Die eine Richtung wurde vom Stellvertretenden Regierungschef und Vorsitzenden der Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht (PREE), Sergej Schachraj, in seiner damaligen Eigenschaft als Minister für Nationalitätenangelegenheiten und Regionalpolitik vertreten. Auf dieser Linie lagen Premier Viktor Tschernomyrdin und der Regierungsapparat sowie der Vorsitzende der Staatsduma Iwan Rybkin mit einem Teil des Parlaments. Die konkurrierende Richtung verfolgte die Umgebung des Präsidenten: der Jelzin-Günstling und Vorsitzende des Föderationsrates Wladimir Schumejko sowie der Leiter der Administration des Präsidenten Sergej Filatow. (Schumejko war von November 1991 bis Juni 1992 Stellvertretender Vorsitzender des Obersten Sowjet der Rußländischen Föderation und anschließend bis Januar 1994 Erster Stellvertretender Regierungschef.) Bei dieser Konkurrenz zwischen Schachraj und Schumejko ging es nicht nur darum, wer von beiden das Image des obersten Regionalpolitikers gewinnt, der "Nationalitätenminister" oder der Chef der "Nationalitätenkammer". Es ging auch darum, wer den Eindruck vermittelt, daß er die Interessen der Regionen am besten gegenüber dem Zentrum vertritt, denn wer heute in Rußland Wahlen gewinnen will, muß eine breite Basis in den Regionen haben. Beide, Schachraj und Schumejko, haben Ambitionen auf das Präsidentenamt.

Im März 1994 schlug Sergej Schachraj den Abschluß eines russisch-tschetschenischen Vertrages nach dem Muster der Verträge Rußlands mit Tatarstan und Baschkortotstan vor. Als Voraussetzung wurden die Abhaltung von freien Wahlen in Tschetschenien zu allen obersten Staatsorganen genannt und Gespräche Moskaus mit allen politischen Kräften der Republik, seien sie an der Macht oder in der Opposition. Am 25. März 1994 verabschiedete die Staatsduma eine von Schachraj vorbereitete Resolution "Über die politische Regelung der Beziehungen der föderalen Organe der Staatsmacht mit den Machtorganen der Tschetschenischen Republik".² Am 6. Mai wurde Schachraj zum Leiter der russischen Delegation für die Gespräche in Grosnyj ernannt. Nun war es für die politische Konkurrenz höchste Zeit zu handeln.

Schumejko und Filatow wollten keine Sonderbehandlung Tschetscheniens in Form eines eigenen Vertrages mit Rußland wie es Schachraj anstrebte, sondern sie verlangten die Einordnung der Republik nach folgendem Dreistufenplan:

- baldige Aufnahme von direkten Verhandlungen zwischen den Präsidenten Rußlands und Tschetscheniens,
- Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Präsidentschaftswahlen in Tschetschenien 1991 sowie der Vollmachten des tschetschenischen Präsidenten durch Moskau,
- Unterzeichnung des Föderationsvertrages von 1992, den Tschetschenien bisher nicht unterschrieben hat.³

Beide Richtungen enthielten vernünftige Elemente. Es hätte eigentlich möglich sein können, aus beiden

¹ Vgl. dazu: Heinzig, Dieter, Hat sich Tschetschenien 1991 rechtswirksam von Rußland losgetrennt? Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 5/1995. Vgl. auch die Stellungnahmen der Völkerrechtler Theodor Schweisfurth (Universität Frankfurt/Oder) in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 19.1.1995, Ulrich Fastenrath (Technische Universität Dresden) ebenfalls in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7.1.1995 sowie Daniel Thürer (Universität Zürich) in der Frankfurter Rundschau am 5.1.1995. Shlomo Avineri, ehemals Staatssekretär im israelischen Außenministerium und jetzt Professor für Politikwissenschaft an der Hebräischen Universität Jerusalem, vergleicht die Unabhängigkeitsbestrebungen Tschetscheniens mit denen Algeriens, das als französisches Departement integraler Bestandteil der "einen unteilbaren" Französischen Republik war. In den fünfziger und sechziger Jahren stand Frankreich vor der Wahl zwischen dem Zusammenbruch seines demokratischen Systems oder der Aufgabe seines Kolonialreiches. Frankreich entschied sich schließlich für die Aufgabe Algeriens. Denn trotz seiner langen demokratischen Tradition konnte Frankreich nicht beides erhalten: sein Reich und die Demokratie (Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.2.1995).

² Rossijskaja gazeta, 29.3.1994.

ein gemeinsames Konzept für eine Tschetschenien-Politik zu entwickeln. Statt dessen ging Schumejko dazu über, Schachraj beim Präsidenten zu dikreditieren mit dem Vorwurf, er betreibe eine Anti-Jelzin-Politik. Schließlich wurde Schachraj Mitte Mai 1994 als Nationalitätenminister von Jelzin entlassen. Aus Protest bot Schachraj seinen Rücktritt als Stellvertretender Regierungschef an, der aber von Jelzin nicht angenommen wurde.

Am 6. Juni 1994 unternahm Schachraj noch einmal einen Versuch, seine Vorstellungen über die Lösung des Tschetschenien-Konflikts in die Öffentlichkeit zu tragen. In einem Interview mit INTERFAX erklärte er, daß ein persönliches Treffen der beiden Präsidenten bei entsprechender Vorbereitung eine wichtige Rolle spielen könne. Die Durchführung von Wahlen in Tschetschenien sollte keine ultimative oder vorher zu erfüllende Bedingung sein, sondern Teil eines Pakets von Vereinbarungen und Wirtschaftsabkommen ohne Festsetzung einer Frist für die Durchführung der Wahlen.¹

Zum neuen Nationalitätenminister ernannte Jelzin am 16. Mai 1994 Nikolaj Jegorow, der am 7. Dezember 1994 zum Stellvertretenden Regierungschef und Ständigen Vertreter des Präsidenten in Tschetschenien aufstieg.² Aus letzterer Funktion wurde er von Jelzin am 28. Januar 1995 wieder entlassen. Jegorow, der ein Protegé Schumejkos sein soll³, Jahrgang 1951, ist Kosak und hat die Landwirtschaftsschule in Stawropol sowie die Parteihochschule beim ZK der KPdSU in Moskau absolviert. Bis 1991 war er Parteisekretär in Krasnodar und dann Erster Stellvertretender bzw. Leiter der Administration in Krasnodar, d.h. er nahm in der Tschetschenien benachbarten Region dieselben Aufgaben wahr wie vorher, nur auf einem anderen Stuhl.⁴

Mit der Ernennung von Jegorow zum Nationalitätenminister begann die Zuspitzung der russischen Tschetschenien-Politik. Der tschetschenische Präsident Dschochar Dudajew bot am 3. und 9. August sowie am 6. September 1994 an, mit der russischen Führung Gespräche über den Status Tschetscheniens zu führen, wobei Dudajew sogar bereit war zurückzutreten, wenn Moskau und die Weltgemeinschaft Tschetschenien als unabhängigen Staat anerkennen.⁵ Moskau - meist in der Person Filatows⁶ - lehnte ab.

Rybkin versuchte noch einmal am 11. September 1994, die Schachraj-Linie wieder aufzunehmen, indem er Tschetschenien ein ähnliches Sonderabkommen anbot, wie es die Republiken Tatarstan und Baschkortostan mit Rußland geschlossen haben. Voraussetzung sei allerdings die vorherige Durchführung demokratischer Wahlen in Tschetschenien.⁷ Am 10. Oktober 1994 empfing Rybkin eine Delegation tschetschenischer Parlamentarier unter Leitung von Abdula Dadajew zu Gesprächen über die Normalisierung der russisch-tschetschenischen Beziehungen. Am selben Tag hatte der tschetschenische Innenminister Schamseddin Jusef die Bereitschaft der tschetschenischen Führung zu Gesprächen mit Moskau erklärt in der Erwartung, daß sich Moskau nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Tschetscheniens einmischet.⁸

Man ging in Moskau davon aus, wie die Analyse des Beraters Jelzins in Nationalitätenfragen, Emil Pain, zeigt, daß das Dudajew-Regime bald wirtschaftlich zusammenbrechen werde. Der Erste Stellvertretende Arbeitsminister, Wladimir Warow, erklärte am 11. September 1994, daß in der ersten Jahreshälfte 1994 die Industrieproduktion in Tschetschenien um 60 % abgenommen habe.⁹ Man setzte auf die innertschetschenische Opposition unter Führung des Vorsitzenden des "Provisorischen Rates", Umar Awturchanow, den Moskau mit Geld und Waffen unterstützte, um Dudajew zu stürzen. Jegorow erkannte allerdings, wie er am 14. September 1994 während einer Pressekonferenz in Moskau ausführte, daß in Tschetschenien ein Patt bestehe, denn weder Dudajew noch die Opposition seien mächtig genug, die gesamte Republik zu kontrollieren.¹⁰

³ Centr političeskoj kon'junktury Rossii (Hg.), *President i Pravitel'stvo v ploskosti interesov političeskoj elity i vzajimnoj bor'by nomenklaturno-političeskich gruppировок*. Moskau 1994, S. 55-64.

¹ Ders. a. a. O. S. 63 ff.

² *Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii*, 33, 1994, Pos. 3435, S. 4915.

³ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.1.1995.

⁴ Datenbank "Poslednie izvestija" Moskau. *Izvestija*, 16.12.1994.

⁵ RFE/RL Daily Report, 4., 9. und 10.8.1994, 7.9.1994.

⁶ RFE/RL Daily Report, 4.8.1994.

⁷ RFE/RL Daily Report, 12.9.1994.

⁸ RFE/RL Daily Report, 11.10.1994.

⁹ RFE/RL Daily Report, 12.9.1994.

¹⁰ RFE/RL Daily Report, 15.9.1994.

Am 8. November 1994 warb der für das Inland bestimmte KGB-Nachfolger, der "Föderale Dienst für die Spionageabwehr" (FSK), unter Armeesoldaten Freiwillige an¹ zur Unterstützung der Truppen des oppositionellen tschetschenischen "Provisorischen Rates" bei der Erstürmung Grosnyjs. Aufgrund der falschen Lageeinschätzung gerieten am 26. und 27. November 70 russische Offiziere und Soldaten in tschetschenische Kriegsgefangenschaft. Verteidigungsminister Pawel Gratschow mußte schließlich zugeben, daß russische Flugzeuge mit übermalten Hoheitszeichen den Flugplatz von Grosnyj bombardierten.²

Diese kurz skizzierte Entwicklung macht deutlich, daß in der zweiten Jahreshälfte 1994 die Entscheidungsalternativen in Richtung auf ein gewaltsames Vorgehen verengt wurden. Falls die Verhandlungsoption von Rußland ausprobiert worden wäre, hätte die tschetschenische Seite sicher unverzüglich versucht, die Verhandlungen für die sofortige Anerkennung ihrer Unabhängigkeit auszunutzen. Andererseits hätten die Erörterung technischer Fragen und die Verknüpfung der Anerkennung Tschetscheniens mit der Lösung konkreter Probleme - ähnlich wie in den siebziger Jahren zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR - Rußland Zeit eingeräumt. Das Charisma Dudajews beruht hauptsächlich - ähnlich wie bei Jelzin 1991 in seinem Kampf gegen die KPdSU und gegen Gorbatschow - auf seinem Nimbus als Kämpfer gegen das imperiale Rußland. Routineverhandlungen fordern von einem Politiker völlig andere Qualitäten, so daß das Image Dudajews allmählich dahingeschmolzen und eine normale politische Opposition entstanden wäre.³ Doch zu dieser Variante war die Moskauer Politik weder bereit noch fähig, sie durchzukalkulieren. Das bedeutet, daß sich in der zweiten Jahreshälfte 1994 das Verhältnis Moskau-Grosnyj laufend zuspitzte, daß aber diese Zuspitzung weitestgehend von Moskau zu verantworten ist und daß man immer noch eine De-Eskalation Ende 1994 hätte einleiten können, wenn man das im Kreml gewollt hätte.

Entscheidungsmotive

Die Begründungen für die Militärintervention, die von verschiedenen russischen Politikern und den jelzintrommen Massenmedien gegeben wurden, überzeugen nicht. So verfügt Tschetschenien nicht über Rohstoffe, die für Rußland bedeutsam wären. Die Erdölfördermenge in Tschetschenien betrug 1993 1,25 Mio. t, das ist weniger als 1 % der gesamtrossischen Fördermenge. Die Erdgasförderung machte 1990 in Tschetschenien-Inguschetien - neuere Zahlen liegen nicht vor - mit 1,5 Mrd. m³ 0,3 % der gesamtrossischen Menge aus. Die Erdölverarbeitung verlor seit der Mitte 1992 einsetzenden Abwanderung der russischen Spezialisten und Facharbeiter an Bedeutung. Tschetschenien ist auch nicht unersetzlich für den Güter- und Rohrleitungstransport.⁴

Die umfangreichen Geschäfte der tschetschenischen Mafia mit Erdöl und Erdölprodukten, die hauptsächlich zum Waffenkauf verwendet wurden, teilweise der Subventionierung der Grundnahrungsmittel und teilweise der Bereicherung der Regierungskreise in Grosnyj dienten, konnten nicht ohne Deckung durch hohe Moskauer Stellen geschehen, die sicher auch davon profitierten.⁵ Die schweren Waffen, welche die russischen Truppen bei ihrem Abzug aus Tschetschenien, den Dudajew 1992 durchsetzte, nicht mitnahmen, hatte ihnen Dudajew zu Preisen von 1991 in Höhe von 8 Mrd. Rubel abgekauft.⁶

Auch die Rechtfertigung, man müsse den sezessionistischen Anfängen wehren, um zu verhindern, daß ganz Rußland auseinanderfällt, überzeugt nicht, denn das Beispiel Tschetscheniens hat in Rußland in den folgenden drei Jahren nicht Schule gemacht.⁷ Die in dieser Frage vielleicht "anfälligsten" Republiken Tatarstan und Baschkortostan schlossen 1994 Sonderabkommen mit Moskau. In einem langen Interview Jelzins, das am 26. August 1994 als Ergebnis seiner langen Reise entlang der Wolga veröffentlicht wurde, erklärte der Präsident, daß die Gefahr der Desintegration Rußlands gebannt sei. Es gebe zwar noch Probleme, und deshalb suche man nach einem neuen Modell für die Beziehungen zwischen den

¹ Izvestija, 2.12.1994.

² RFE/RL Daily Report, 6. und 9. 12.1994.

³ Iskandarjan, Aleksandr, Russische Politik scheitert in Tschetschenien, in: Wostok, 6/1994 - 1/1995, S. 12.

⁴ Götz, Roland, Noch ein Krieg ums Öl? Wirtschaftliche Aspekte der russischen Invasion in Tschetschenien. Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 11/1995, S. 1.

⁵ Götz a. a. O. S. 5. Iskandarjan a. a. O. S. 10.

⁶ Izvestija, 10.1.1995.

⁷ Halbach, Uwe, Jelzins Krieg im Kaukasus. Teil I: "... wohl nicht gegen Rußland?" Teil II: Motivation, Rechtfertigung, Ängste. Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 1/1995 und Nr. 2/1995.

Regionen und dem Zentrum.¹

Was sind also die eigentlichen Gründe für die Militärintervention? Am 12. Dezember 1993 hatten - für Jelzin überraschend - nicht die Demokraten und Reformer die Parlamentswahlen gewonnen, sondern die Nationalisten und Kommunisten. Seither hat sich Jelzin in seiner Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik auf diese neuen Machtverhältnisse eingestellt. Er entfernte sich immer mehr von den Reformpositionen und bewegte sich auf das politische Zentrum zu, das nur gebremste und verwässerte Reformen unterstützt. Inzwischen hat er sich auch von ihnen wegbewegt in Richtung Nationalismus.

Da Jelzin weder über eine Parlamentsmehrheit noch über eine eigene Partei verfügt und die meisten Demokraten ihn verlassen haben bzw. von ihm entlassen worden sind, blieben ihm als politische Stützen nur noch die beiden wichtigsten Machtapparate: FSK und die Armee. Wie Tschetschenien zeigt, gelang es diesen mit Erfolg, Jelzin immer mehr zu sich "herüberzuziehen".

Ernstzunehmende Moskauer Prognosen gehen davon aus, daß bei den in diesem Jahr von der Verfassung vorgeschriebenen Parlamentswahlen - wenn sie überhaupt durchgeführt werden - die Nationalisten und die Kommunisten nicht ein Drittel der Stimmen erhalten werden wie auch die Demokraten im Dezember 1993, sondern zwei Drittel. Diese Annahmen werden von den Ergebnissen der Regionalwahlen im Herbst 1994 bestätigt. Jelzin und die Kamarilla um ihn herum fürchten zu Recht, daß er bei den für 1996 anstehenden Präsidentschaftswahlen nicht wiedergewählt wird. Jelzin und seine Umgebung meinten offensichtlich, daß der Präsident in Tschetschenien ein Exempel statuieren müsse, um sich als entschlossener Politiker zeigen zu können. Das Ausbleiben großer öffentlicher Demonstrationen, wie sie im Januar 1991 aus Protest gegen den sowjetischen Truppeneinmarsch in Vilnius stattfanden, und die Unfähigkeit beider Parlamentskammern, eindeutige Protestresolutionen und entsprechende Verfassungsänderungen zu verabschieden, die eine Wiederholung einer solchen Militärintervention verhindern, geben dieser Lageeinschätzung recht. Dem widerspricht allerdings das Ergebnis einer Meinungsumfrage, in der 1.300 bis 1.500 Personen am Vorabend des 11. Dezember 1994 in Städten und in Dörfern von 13 Regionen der Rußländischen Föderation befragt wurden. Danach haben sich 65 % gegen den Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien ausgesprochen.² Diese Umfrage wurde nach der verdeckten militärischen Aktion in Tschetschenien durchgeführt, bei der 70 Russen gefangen genommen wurden. Eine kurze "saubere" militärische Operation in Form einer Polizeiaktion und praktisch ohne russische Verluste hätte die Zustimmung von 80 bis 90% der russischen Bevölkerung gefunden.³

Am 12. Dezember 1994 endete auch das erste Jahr nach der Wahl des Parlaments, in dem der Präsident laut Verfassung die Staatsduma nicht auflösen darf (Art. 109, Abs. 3), falls die Staatsduma innerhalb von drei Monaten der Regierung erneut ihr Mißtrauen ausspricht bzw. auf Anfrage der Regierung das Vertrauen verweigert (Art. 117, Abs. 3). Nun hat der Präsident in den beiden obigen Fällen die Wahl, die Regierung zu entlassen oder das Parlament aufzulösen. Vor dem 12. Dezember 1994 hatte er nur die Alternative, die kriegführende Regierung zu entlassen, wenn für einen Mißtrauensantrag die Mehrheit aller Abgeordneten gestimmt hätte.

Das herbeigeredete Sinken der Inflationsrate hat sich - wie der Rubelabsturz im Oktober 1994 zeigte - als eine Seifenblase erwiesen.⁴ Außerdem gelingt es dem Präsidenten nicht, die wachsende Kriminalität - das andere wichtige Thema für die Bevölkerung - einzudämmen. Die neue Nomenklatura, die hauptsächlich aus den Mitgliedern der zweiten Garnitur der alten Nomenklatura besteht - die erste Garnitur verschwand mit der Auflösung der KPdSU und dem Zerfall der UdSSR -, ist anderthalb mal größer als die alte und genießt noch umfangreichere Privilegien. Diese neue Nomenklatura ist inzwischen ebenfalls vom Volk entfremdet und bildet, wie Solschenizyn richtig sagte, eine Oligarchie. Die neue Nomenklatura ruft Protest in der Bevölkerung hervor, der bisher nur von den nationalistisch-reaktionären Kräften artikuliert wird, die damit bei der Bevölkerung Sympathien gewinnen.

Die Armee hat gewaltige Kürzungen in ihrem Budget hinnehmen müssen. Die Wehrpflichtigen treten nur noch zu zwei Fünftel ihren Dienst an⁵, weil sich die anderen mit Erfolg der Armee entziehen, die noch

¹ Trud, 26.8.1994.

² Moskovskie novosti, 29.1.-5.2.1995, S. 4 f.

³ So z.B. der Intendant des Russischen Fernsehens, Oleg Popzow, am 20.1.1995 in einem Interview der Deutschen Welle, zitiert nach: Deutsche Welle (Hg.), Monitor-Dienst Osteuropa 27.1.1995, S. 10 f.

⁴ Vgl. Borowoj, Pjotr, Jelzins Afghanistan? in: Wostok, 6/1994 - 1/1995, S. 8.

⁵ Proektor, Daniil, Konturen der russischen Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren. Berichte des BIOst Nr. 5-1995, S. 26.

immer nicht die Kameradenschinderei abgeschafft hat, in deren Folge sich jährlich mehrere Tausend Wehrpflichtige das Leben nehmen. Die Rüstungsschmieden des militärisch-industriellen Komplexes stehen weitgehend still. Mit dem Krieg in Tschetschenien wird erfolgreich demonstriert, daß die Armee unzureichend ausgerüstet, ausgebildet und trainiert ist.

Eberhard Schneider

